

Musterantrag im Förderprogramm

Digitalisierung Beratungsstellen und soziale Einrichtungen

gemäß der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Digitalisierung von sozialen Einrichtungen und Beratungsstellen

1. ANGABEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

1.1 Allgemeine Angaben

Firma Sonstige Anrede

Name/Firma (ggf. lt. Handelsregister/Vereinsregister) Geburts-/Gründungsdatum

Straße, Hausnummer Vorwahl/Rufnummer

PLZ Ort ggf. Ortsteil

E-Mail Landkreis/Gemeindennummer (falls zutreffend)

Branche/Tätigkeitsbereich

Vorsteuerabzugsberechtigt? Ja Nein teilweise mit %

Rechtsform

OHG GbR KG GmbH AG Körperschaft ö. R.

Verein Nat. Person Sonstige

1.2 Ansprechpartner zum Antrag (sofern zutreffend)

Ansprechpartner zum Antrag (Name, Vorname) Vorwahl/Rufnummer/Fax

E-Mail Mobil

2. KURZANGABEN ZUM VORHABEN

2.1 Ort des Vorhabens

Ist Ort des Vorhabens abweichend von der Anschrift des Antragstellers oder wird der Antrag für eine Betriebsstätte gestellt? Ja Nein

Hinweis: Bei mehreren Orten wird eine Aufschlüsselung als formlose Anlage zum Antrag benötigt

Name der Betriebsstätte

Straße, Hausnummer

PLZ Ort ggf. Ortsteil

2.2 Vorhabensbezeichnung

Titel des Vorhabens

2.3 geplante zeitliche Dauer

Beginn des Vorhabens

Tag/Monat/Jahr

geplantes Ende des Vorhabens

Tag/Monat/Jahr

2.4 Zuwendungsempfänger gem. Teil 2 Abschnitt 1 bis 6 der Richtlinie (bitte entsprechenden Nachweis beifügen)

Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen (Abschnitt 1)

- Ich bin/Wir sind gemäß § 3 des Ausführungsgesetzes zur Insolvenzordnung als geeignete Stelle, die im Jahr der Beantragung auch eine Förderung auf der Grundlage der Ausführungsverordnung zur Insolvenzordnung erhalten, anerkannt.

Suchtberatungsstellen (Abschnitt 2)

- Ich bin/Wir sind Träger von durch die Landkreise und kreisfreien Städte anerkannten Sucht- und Drogenberatungsstellen im Land Sachsen-Anhalt und sind unter folgendem Link veröffentlicht: <https://www.ls-suchtfraagen-lsa.de/suchthilfewegweiser/suchthilfewegweiser-sachsen-anhalt/> .

Familienverbände, Familienzentren und Träger von Familienbildungsangeboten (Abschnitt 3)

- Ich bin/ wir sind als gemeinnützig anerkannt auf dem Gebiet der Familienarbeit oder Familienbildung nicht nur gelegentlich tätig, habe(n) im Jahr der Beantragung auch eine Förderung auf der Grundlage der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Einrichtungen und Maßnahmen für Familien sowie Familienverbänden (RdErl. des MS vom 3. März 2017, MBl. LSA S. 198) erhalten und besitze(n) die Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 des Achten Buches Sozialgesetzbuch oder erfüllen mindestens die Voraussetzungen dafür.

Stationäre Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung (Abschnitt 4)

- Ich bin/wir sind Träger Einrichtung nach § 45a des Achten Buches Sozialgesetzbuch , in der stationäre erzieherische Hilfen nach den §§ 27, 34 und 35 des Achten Buches Sozialgesetzbuch, stationäre Eingliederungshilfen nach § 35a des Achten Buches Sozialgesetzbuch oder stationäre Hilfen für junge Volljährige nach § 41 des Achten Buches Sozialgesetzbuch erbracht werden oder Unterbringungen nach § 42 des Achten Buches Sozialgesetzbuch erfolgen.
- Ich/ Wir erkläre(n), dass die beantragten Fördergegenstände nicht als erforderliche sächliche Ausstattung Gegenstand der Vereinbarungen nach § 78b des Achten Buches Sozialgesetzbuch sind.

Platzkapazität der Einrichtung, für die die Förderung beantragt wird, laut Betriebserlaubnis

Pflegeeinrichtungen (Abschnitt 5)

- Ich bin/Wir sind vollstationäre Pflegeeinrichtungen, die nach § 72 des Elften Buches Sozialgesetzbuch zugelassen ist/sind, oder sonstige nicht selbstorganisierte, ambulant betreute Wohngemeinschaft nach § 4 Abs. 1 und 2 des Wohn- und Teilhabegesetzes.
- Ich/ Wir erkläre(n), dass die beantragten Fördergegenstände nicht Bestandteil der Heimentgelte nach § 82 des Elften Buches Sozialgesetzbuch oder Vereinbarungen mit den Sozialhilfeträgern nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch sind.

Anzahl der Bewohner der Einrichtung/Wohngemeinschaft

Einrichtungen der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit (Abschnitt 6)

- Ich bin/ Wir sind Träger der freien Jugendhilfe, welche Jugendzentren, Jugendräume, Jugendclubs und ähnliche feste und mobile Einrichtungen betreiben, die überwiegend für Angebote nach den §§ 11, 12, 13 und 14 des Achten Buches Sozialgesetzbuch genutzt werden **und**
- nach § 75 des Achten Buches Sozialgesetzbuch anerkannt oder die Voraussetzungen für eine Anerkennung nach § 75 des Achten Buches Sozialgesetzbuch erfüllen **oder**
 - nach ihrer Satzung und pädagogischen Praxis die Selbstbestimmung von jungen Menschen ermöglichen

oder

- Ich bin/ Wir sind öffentliche(r) Träger der Jugendhilfe nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch, der/die Jugendzentren, Jugendräume, Jugendclubs und ähnliche feste und mobile Einrichtungen betreibt/ betreiben, die überwiegend für Angebote nach den §§ 11, 12, 13 und 14 des Achten Buches Sozialgesetzbuch genutzt werden, die keine Einrichtung der unmittelbaren Landesverwaltung ist.

2.5 Fördergegenstand gem. Teil 2 „Besonderer Teil“ der Richtlinie

2.5.1 Fördergegenstand gem. Abschnitt 1, 2, 3 und 6: Bitte geben sie die jeweiligen Gegenstände zur Förderung digitaler Ausstattungsinvestitionen an, Mehrfachnennungen möglich.

- Installation eines WLAN (Router und Repeater)
- Computer, Laptops, Notebooks und Tablets, sofern die Einrichtung über die zum Betrieb erforderlich Infrastruktur verfügt
- Geräte zur Schaffung der Voraussetzungen für eine digitale Kommunikation (z.B. Headsets, Webcams, Bildschirme, Videokonferenzsysteme)
- Geräte zur Schaffung der Voraussetzungen für eine digitale Präsentation der Einrichtung (z.B. Beamer)

2.5.2 Fördergegenstand gem. Abschnitt 4: Bitte geben sie die jeweiligen Gegenstände zur Förderung digitaler Ausstattungsinvestitionen Mehrfachnennungen möglich.

Platzkapazität der Einrichtung, für die die Förderung beantragt wird, laut Betriebslaubnis

- Installation eines WLAN (Router und Repeater)
- Laptops, Notebooks und Tablets, sofern die Einrichtung über die zum Betrieb erforderlich Infrastruktur verfügt
- Geräte zur Schaffung der Voraussetzungen für eine digitale Kommunikation (z. B. Headsets, Webcams, Bildschirme, Videokonferenzsysteme)

2.5.3 Fördergegenstand gem. Abschnitt 5: Bitte geben sie die jeweiligen Gegenstände zur Förderung digitaler Ausstattungsinvestitionen an.

- Laptops, Notebooks und Tablets, sofern die Einrichtung über die zum Betrieb erforderlich Infrastruktur verfügt. Diese müssen mit Videokamera, Mikrophon und Lautsprecher ausgestattet sein

2.5.4 Fördergegenstand gem. Abschnitt 1, 2, 3 und 6 Punkt 2.2 und Abschnitt 4 und 5 Punkt 3.2.

- in unmittelbaren Zusammenhang mit den Ausstattungsinvestitionen stehende Leistungen Dritter (z. B. Support und Schulungen) sowie Investitionen zum Betrieb der digitalen Infrastruktur (z. B. Software)

3. AUSGABEN- UND FINANZIERUNGSPLAN

3.1 Geplante Ausgaben für (in Euro)

Digitale Ausstattungsinvestitionen	<input type="text"/>
Leistungen Dritter	<input type="text"/>
Investitionen zum Betrieb der Ausstattungsinvestitionen	<input type="text"/>
Summe der Ausgaben	<input type="text"/>

3.2 Finanzierung der Ausgaben (in Euro)

Eigenmittel

Beantragte Zuwendung (bitte beachten Sie die Förderhöchstgrenzen gem. Teil 2 in den Abschnitten 1-6 „Umfang und Höhe der Zuwendung“ der Richtlinie)

Fremdmittel, sofern zutreffend

Weitere Fördermittel aus öffentlichen Mitteln und/oder sonstige öffentliche Finanzierungshilfen (bitte bezeichnen)

Sonstige Fremdmittel, sofern zutreffend (bitte bezeichnen)

Summe der Finanzierungsmittel

4. DEM ANTRAG BEIZUFÜGENDE UNTERLAGEN

Die dem Antrag beizufügenden Unterlagen entnehmen Sie bitte der zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste.

5. ERKLÄRUNGEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Ich/Wir erkläre(n):

- a) Mir/Uns sind die geltenden Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Digitalisierung von sozialen Einrichtungen und Beratungsstellen und die sich daraus ergebenden Voraussetzungen für eine Bewilligung bekannt. Mir/Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht, und dass ich/wir im Falle einer Bewilligung
 - die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) oder – sofern einschlägig – die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts (ANBest-Gk) sowie besondere für dieses Förderprogramm geltende Pflichten zu beachten habe(n). Die Regelungen aus den o. g. Richtlinien sowie den ANBest-P / ANBest-Gk werden anerkannt.
- b) Der frühestmögliche Beginn des im Antrag dargestellten Vorhabens ist der Zeitpunkt des Antragseingangs. Aus dem förderunschädlichen Vorhabenbeginn zum Zeitpunkt des Antragseingangs kann kein Rechtsanspruch auf eine spätere Förderung abgeleitet werden. Ich/ Wir trage(n) bis zur tatsächlichen Genehmigung des Vorhabens das volle Finanzierungsrisiko. Die bereits ab Vorhabenbeginn einzuhaltenden - im „Merkblatt mit Hinweisen zum förderunschädlichen Vorhabenbeginn für das Förderprogramm Digitalisierung Beratungsstellen und soziale Einrichtungen“ *genannten* Bedingungen habe(n) ich/wir zur Kenntnis genommen.
- c) Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens ist unter Einbeziehung des beantragten Zuschusses gesichert. Die zu erwartenden Folgekosten können von mir/uns finanziert werden.
- d) Ich bin/Wir sind zahlungsfähig, und gegen mich/uns steht ein (Verbraucher-) Insolvenzverfahren nicht unmittelbar bevor und ist nicht beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt worden. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, unverzüglich der IB mitzuteilen, wenn bis zur Bewilligung dieses Antrages ein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorstehen sollte, beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt wird.
- e) Ich versichere/Wir versichern, dass bei Vorliegen einer Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) die angegebenen Ausgaben keine Umsatzsteueranteile enthalten.
- f) Ich/Wir gewährleiste(n) eine projektbezogene Einzelabrechnung der Einnahmen und Ausgaben sowie deren Unterscheidung vom üblichen Geschäftsverkehr. In den angegebenen Ausgaben sind innerbetriebliche Umlagen nicht enthalten.
- g) Ich/Wir werde(n) das Vorhaben nicht im Auftrag oder auf Rechnung Dritter durchführen.
- h) Für das Vorhaben wurden und werden bei anderen Stellen keine weiteren öffentlichen Förderungen oder Finanzierungshilfen über die im Finanzierungsplan (Ziffer 3 dieses Antrages) angegebenen öffentlichen Mittel bzw. Finanzierungshilfen hinaus beantragt.
- i) Ich versichere/Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir/uns gemachten Angaben im Antrag sowie in den beigefügten Anlagen/Unterlagen. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die IB unverzüglich zu informieren, wenn Änderungen gegenüber diesen Angaben eintreten.
- j) Mir/Uns ist bekannt, dass die IB berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/Informationen/Auskünfte zu erbringen/zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erkläre(n) ich/wir mich/uns damit einverstanden.
- k) Ich/Wir erkenne(n) an, dass die IB berechtigt ist, Stellungnahmen anderer Stellen für die Beurteilung der/des Antragstellenden einzuholen. Zu diesem Zweck befreie(n) ich/wir Verbände, Kammern sowie Behörden von ihren Verschwiegenheitspflichten.
- l) Mir/Uns ist bekannt, dass die IB verpflichtet ist, den Finanzbehörden bestimmte Angaben zur Förderung, insbesondere die Höhe der gewährten Zahlung, mitzuteilen gemäß § 13 der Verordnung über Mitteilungen an die Finanzbehörden durch andere Behörden und Rundfunkanstalten (Mitteilungsverordnung) vom 07.09.1993 (BGBl. I S. 1554), geändert durch Verordnung vom 18.11.2020 (BGBl. I S. 2449).

m) Ich/Wir entbinde(n) die Finanzbehörden gegenüber der IB von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung). Ich/Wir gebe(n) hiermit mein/unser Einverständnis, dass die von der IB im Bedarfsfall von den Finanzbehörden erhobenen Daten an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet werden können, wenn Anhaltspunkte für ein strafrechtlich relevantes Verhalten vorliegen; insoweit befreie(n) ich/wir die IB ebenfalls von ihrer Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses.

Ja

Nein

n) **Belehrung über die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs – gilt nur bei Betrieben und Unternehmen (einschließlich öffentlicher Unternehmen):** Mir/Uns ist bekannt, dass es sich bei den beantragten Fördermitteln um eine Subvention handelt, auf die § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG, Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1976, Teil I, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne dieser Vorschriften sind die Angaben bzw. Erklärungen des Antrages und die Angaben in den zu diesem Förderprogramm beizufügenden Unterlagen. Im Einzelnen betrifft dies:

- ANGABEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN (Name, Rechtsform, Angaben zum Unternehmenssitz, Geburts-/Gründungsdatum),
- Kurzangaben zum Vorhaben (Ort des Vorhabens, Name und Anschrift der Einrichtung, geplante zeitliche Dauer, Angaben zum Zuwendungsempfänger, Angaben zum Fördergegenstand),
- Ausgaben- und Finanzierungsplan,
- Erklärungen a), b), c), d), e), f), g), h), i), j), k), l) und m) der „ERKLÄRUNGEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN“,
- Angaben in den beizufügenden Unterlagen: - „Mustervorhabensbeschreibung“ (IB-Vorblatt), Legitimation (aktueller Handelsregister- / Vereinsregisterauszug (nicht älter als 6 Monate) bzw. Gewerbeanmeldung, ggf. Handwerkskarte, Gesellschafterliste, Gesellschaftsvertrag), Geeigneter Nachweis zur Erfüllung der Voraussetzungen als Zuwendungsempfänger, „Erklärung zur Datenverarbeitung“ (IB-Formblatt), „Erklärung zur Vergabe von Aufträgen“ (IB-Formblatt), „Erhebungsbogen Juristische Personen und Personengesellschaften“ oder „Erhebungsbogen Stiftungen“ (IB Formblatt), „Unterschriftskarte“

Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).

6. EINWILLIGUNG IN DIE VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

6.1 Zustimmung zur Beratung und Information

Ich/Wir möchte(n) über individuell für mich/uns passende Produkte der IB und über den Start und die Änderungen von Förderprogrammen informiert werden. Diese Einwilligungen sind freiwillig und können jederzeit, auch einzeln, mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Ihre Einwilligung ist elementar für eine qualifizierte Beratung durch unser Haus, falls Sie dennoch keine Einwilligung zu Analyse- und/oder Informationszwecken erteilen möchten oder Ihre Einwilligung zu einem späteren Zeitpunkt widerrufen, wirkt sich dies nicht auf die von Ihnen beantragte (Kredit-/Zuschuss-/Zuweisungs-) Förderung aus.

a) Zustimmung zur Analyse von Daten zur Person

Wir versichern Ihnen vorab, dass wir Ihre nachfolgend genannten Daten absolut vertraulich behandeln und nicht an unberechtigte Dritte weitergeben. Dazu sind wir zudem auch rechtlich, z. B. durch das Bankgeheimnis, verpflichtet. Die IB wird (nur sofern notwendig) für eine individuelle Beratung folgende Daten über mich/uns verknüpfen, gemeinsam auswerten und verwenden:

1. Personendaten, wie Name, Geburtsdatum, Familienstand, Beruf
2. Kontaktdaten, wie Adresse, E-Mail und Telefonnummern
3. Daten zu meiner Bonität, meiner finanziellen Situation und zu meinem Kreditrisiko
4. Daten aus Beratungsgesprächen, Vertriebsaktivitäten, Dokumentationen und Erhebungsbögen sowie vergleichbare Daten
5. Statistische Daten, welche mir mithilfe allgemeiner Kriterien zugeordnet werden können, beispielsweise für die Eignung bestimmter Förderprodukte für bestimmte Altersgruppen, Regionen oder Branchen

Zweck der Analyse der Daten zur Person: Die IB berät, betreut und informiert mich/uns möglichst passgenau, z. B. über für mich/uns geeignete neue Förderprodukte der IB.

Ja, ich bin/wir sind mit der Verknüpfung, Auswertung und Verwendung meiner/unserer aufgelisteten Daten zu vorgenannten Zwecken einverstanden.

b) Einwilligung zur Informationsübermittlung der IB

Ich/Wir erkläre(n) mich/uns damit einverstanden, dass die IB die mit dem Förderantrag erhobenen persönlichen Daten nutzt, um mir/uns interessante Informationen zu weiteren Fördermöglichkeiten zukommen zu lassen:

per Post

telefonisch

per E-Mail

6.2 Hinweise zur Datennutzung

In der Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ finden Sie eine kompakte Übersicht über den Umgang der IB mit Ihren Daten sowie der Ihnen zustehenden Rechte nach der DS-GVO. Die Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ ist jeder betroffenen natürlichen Person zur Kenntnis zu geben, für die im Rahmen der Antragsbearbeitung und zur Abwicklung der Förderung die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist.